Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2059

27. 10. 82

Sachgebiet 707

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1982 der Bundesregierung
— Drucksache 9/1410 —

A. Problem

Die CDU/CSU-Fraktion unterstellt, daß die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht Ergebnis tiefgreifender weltweiter struktureller Verwerfungen auf Grund des zweiten Ölpreis-Schocks und der internationalen Hochzinspolitik ist, sondern ausschließlich hausgemachte Ursachen hat. Die Antragsteller machen zur Lösung dieser Probleme eine Reihe von Vorschlägen. Sie lehnen jedoch eine Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung von investitionsfördernden Maßnahmen und zur Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vom 1. Januar 1984 an ab.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

wurden nicht erörtert

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1982 der Bundesregierung — Drucksache 9/1410 — abzulehnen.

Bonn, den 4. Oktober 1982

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Dollinger	**Dr. Jens**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Jens

Der Entschließungsantrag in Drucksache 9/1410 ist am 4. März 1982 beim Deutschen Bundestag eingebracht und von diesem in seiner 88. Sitzung am 4. März 1982 an den Ausschuß für Wirtschaft federführend sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 12. Mai 1982 den Entschließungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 31. und 33. Sitzung am 10. und 24. März 1982 zusammen mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz (Drucksache 9/1400) und in seiner 35. Sitzung am 26. Mai 1982 in Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Drucksache 9/1322) beraten.

Der Entschließungsantrag führt die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation nicht vorrangig auf die Folgen des zweiten Ölpreis-Schocks 1978/1980 und der internationalen Hochzinspolitik ab 1981, sondern ausschließlich auf hausgemachte Ursachen zurück.

Die Erörterung der Vorlage ist im Ausschuß für Wirtschaft verbunden worden mit der Beratung des Entwurfs für das Beschäftigungsförderungsgesetz (Drucksache 9/1400), in dessen Mittelpunkt eine befristete Investitionszulage von 10 Prozent für Mehrinvestitionen gegenüber einem Dreijahresdurchschnitt und eine vorgezogene Neubewertung der baureifen unbebauten Grundstücke sowie eine Bildungsbeihilfe für arbeitslose Jugendliche stand. Die Finanzierung dieser Maßnahmen sollte im wesentlichen über die Anhebung des Steuersatzes bei der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt erfolgen. Die CDU/CSU lehnte eine solche Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung investitionsfördernder Maßnahmen und zur Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vom 1. Januar 1980 an jedoch ausdrücklich ab. Der Ausschuß für Wirtschaft setzte den Schwerpunkt der Beratung mehr auf eine eingehende Erörterung der im Beschäftigungsförderungsgesetz vorgeschlagenen konkreten Einzelmaßnahmen; die Ausschußmehrheit empfahl dem federführenden Finanzausschuß, dem Deutschen Bundestag Zustimmung zu dem Entwurf zu empfehlen. Die Ausschußmehrheit sah in den im Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU in Drucksache 9/1410 enthaltenen Aussagen nicht hinreichend präzisierte Handlungsempfehlungen, so daß sie den genannten Entschließungsantrag nicht mitzutragen vermochte und statt dessen Zustimmung zum Entwurf des Beschäftigungsförderungsgesetzes empfahl.

Namens der Mehrheit des Ausschusses für Wirtschaft bitte ich um Ablehnung des Entschließungsantrags in Drucksache 9/1410.

Bonn, den 4. Oktober 1982

Dr. Jens

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333